

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

FINANZMARKT – Die eigenmächtige Auslegung der «Too big to fail»-Gesetzgebung durch das Eidgenössische Finanzdepartement verteuert Kredite für KMU.

So war das nicht gemeint

Wer erinnert sich heute noch an die «Too big to fail»-Problematik? In den Jahren 2009 und 2010 hätte man den Eindruck gewinnen können, dass sich alle Probleme der Schweiz um die Frage der systemrelevanten Grossbanken drehen. Heute ist dieses Lied verklungen. Aber es hat sich seither einiges getan. Das Parlament hat ein Gesetz über diese Institute verabschiedet. Darin kommt der logische Grundsatz zum Tragen: Wer ein erhöhtes Risiko für die Schweizer Wirtschaft darstellt, muss erhöhten Sicherheitsanforderungen genügen. So weit, so gut. Doch welche praktischen Konsequenzen hat das für die von den Grossbanken ausgehenden Risiken geschaffene Gesetz nun für die KMU? «Die zunehmende Regulierung hat zu einem starken Anstieg der Kosten geführt, was vor allem die kleineren Banken vor ernsthaften Schwierigkeiten stellt», hält Bankenexperte Professor Urs Birchler von der Universität Zürich fest. Und dieser Befund ist nicht nur für die Banken ein Problem, sondern auch für ihre Kunden. Denn obwohl der Schweizer Gesetzgeber Vorschriften für die zwei systemrelevanten Grossbanken erlassen hatte, hat es sich das von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf geleitete Finanzdepartement (EFD) nicht nehmen lassen, diese Regeln kurzerhand



Auch nicht systemrelevante Banken wie die Raiffeisen müssen dafür büssen, dass das Finanzdepartement die «Too big to fail»-Gesetzgebung gleich auf alle Banken anwenden will.

auf alle Banken auszudehnen. Und dies bedeutet im Klartext: Höhere Kosten, knapperes Geld – was ganz direkt auch die KMU betrifft.

Parlamentarische Korrekturen

So verlangen die neuen Eigenkapitalanforderungen beispielsweise höhere Risikozuschläge bei der Vergabe von Krediten an gewerbliche Kunden.

Schier unglaublich, aber wahr: Damit die Banken stabiler werden, verteuern sich die Kredite für KMU. Doch nun setzt sich das Parlament zur Wehr. In einer Kommissionsmotion verlangt die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates – sgv-Präsident Jean-François Rime ist eines ihrer Mitglieder – eine Zweiteilung der Eigenkapi-

tananforderungen. So soll es Vorschriften für systemrelevante Institute geben und Regeln für alle anderen Geldinstitute – so wie das Gesetz es will. Die Idee dahinter ist, dass mindestens bei den Regional- und Kantonalbanken Kredite an KMU wie bisher beurteilt und abgewickelt und nicht unnötig verteuert werden. Ungemach droht den KMU auch mit den neuen Liquiditätsvorschriften, welche die Banken dazu verpflichten, mehr flüssiges Geld zu halten. Das erhöht vermutlich die Kontoführungsgebühren.

Ein absurdes Spiel

An diesen Beispielen wird der Zusammenhang zwischen Regulierung und Kosten klar. Je engmaschiger ein Gesetz, desto höher die Kosten, die es zur Folge hat. Und diese werden, wen wundert's, den Kunden überwältigt. Das Absurde an der Sache: Ein an sich vernünftiges Gesetz, welches das Risiko der systemrelevanten Banken reduzieren will, wird missbraucht, um gleich alle Banken strenger Vorschriften zu unterziehen. Die Unterscheidung, die mit dem Gesetz erreicht werden sollte, wird durch die dazugehörenden Verordnungen gleich wieder zunichtegemacht. *Henrique Schneider, Ressortleiter sgv*

SOLIDARHAFTUNG – Das Parlament setzt im Kampf gegen Lohndumping auf repressive Massnahmen – ohne Rücksicht auf die Wirtschaft.

Kann die Bürokratie das Problem lösen?

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat diese Entwicklung befürchtet: Die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR) hat sich diese Woche mit 14 zu 8 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Ständerat angeschlossen und für die Solidarhaftung auf dem Bau ausgesprochen. Erstunternehmer sollen etwa für Lohndumping von Subunternehmen geradestehen müssen – und zwar für die ganze Kette. Von der Haftung kann sich ein Unternehmen

nach dem nun beschlossenen Vorschlag befreien, wenn es geprüft hat, dass ein Auftragnehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen einhält. Dies kann beispielsweise damit geschehen, dass sich die Verantwortlichen Dokumente und Belege vorlegen lassen.

sgv hofft auf Umdenken

Der sgv erachtet diese Regulierung als übertrieben und im Endeffekt als KMU-feindlich; er hofft auf ein Um-

denken im Nationalratsplenum in der kommenden Wintersession. Er teilt damit die Haltung des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV). Dessen Direktor Daniel Lehmann bezeichnete die Solidarhaftung als «völlig ungeeignet, nicht praktikabel und total nutzlos». Zudem sei der bürokratische Aufwand für die Kontrollen enorm, und kriminelle Machenschaften liessen sich damit kaum verhindern. Die Branchenorganisationen des Baunebengewerbes möchten

zwar eine schärfere Variante der Solidarhaftung sehen. Sie lehnen aber die von der WAK-NR gewählte vollständige Kaskadenlösung ebenfalls ab. Angesichts dieser Differenzen verwundert es nicht, dass die in den Medien bereits aufgeworfene Frage eines Referendums gegen diese Gesetzesrevision erst nach dem Abschluss der parlamentarischen Beratungen diskutiert werden soll. *Lu*

BERICHT SEITE 6

ARMEE IM DIALOG

Einblick ins Militär

Die KMU-Frauen erhielten mit dem Besuch des Waffenplatzes St. Luzisteig einen Einblick in den militärischen Alltag. Armeechef André Blattmann und Sylvia Flückiger, Vorstandsmitglied der KMU-Frauen (Bild), stellten dabei den doppelten Nutzen der Führungsausbildung für Militär und KMU in den Vordergrund. *CR*

BERICHT SEITE 3



INHALT

VERKEHR – FDP-Fraktionschefin Gabi Huber will keine neuen Steuern für den Bahnausbau. **SEITE 2**



ÖKOSTEUERREFORM – Ein grosser Wurf mit vielen Mängeln und noch mehr offenen Fragen. **SEITE 5**



SWISSNESS – Ein ausgewogener Kompromissvorschlag soll endlich eine Lösung bringen. **SEITE 6**





aclado
business locations

www.aclado.ch

Büro, Laden, Praxis? Jetzt! Mit der massgeschneiderten Plattform für Geschäftsimmobilien schneller zum Erfolg. Einfach, effizient, zielgenau.

